

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Mag.^a Kollermann gemäß § 60 LGO 2001

zu Gruppe 4 zu den Voranschlägen des Landes Niederösterreich für die Jahre 2022 und 2023; Ltg.-1842/V-9-2021

betreffend: Pflegekräftemangel in Niederösterreich

Niederösterreich befindet sich mitten in einem Pflegenotstand, der wegen der Corona-Pandemie und jahrelang verschleppter Probleme an Fahrt aufnimmt. Trotz der dramatischen Situation steht sowohl die Landespolitik als auch die Bundespolitik einer nachhaltigen Lösung im Weg.

Auf Bundesebene gibt es künftig zwar Geld für Community Nurses als Ansprechpartner_innen in Gemeinden zur Pflege und für mehr Ausbildungsmaßnahmen. Es gibt aber weit und breit kein Konzept für die Finanzierung, nicht einmal für die Mehrkosten in den kommenden Jahren. Doch nicht nur die Bundesregierung steckt hier den Kopf in den Sand, auch die Landesregierung tut dies. Diese verweist gerne auf die Bundesebene, verkennt aber die Missstände in Niederösterreich bzw. im eigenen Verantwortungsbereich. Denn die Alarmsignale sind auch in Niederösterreich erheblich. Ende August waren etwa 520 Stellen nicht besetzt. Selbst langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlassen den Pflegebereich mittlerweile, teilweise verzichten sie sogar auf bis zu einem Jahresgehalt Abfertigung.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Darunter gehören ungünstige Rahmenbedingungen, wie die immer stärkere psychische wie physische Belastung der Pflegekräfte und die oftmals fehlende Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Verschärft werden die Strapazen im Beruf durch multiple Krankheitsbilder bei Bewohner_innen von Pflegeheimen. Die steigende Lebenserwartung bedeutet in Österreich leider nicht mehr "gesunde Lebensjahre". Diese liegen bei ca. 57 Jahren, im Vergleich zu z.B. Schweden somit bei ca. 15 Jahren weniger. Auch die Abschaffung des Pflegeergesses erweist sich immer als Bärendienst für die Pflege in Österreich.

Um hier Lösungen für Pflegebedürftige und Pflegekräfte zu schaffen, braucht es ergänzende Angebote.

Die Gefertigte stellt daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

"1. Die Landesregierung, insbesondere die Landesrätin Bildung, Familien und Soziales Mag.^a Christiane Teschl-Hofmeister wird aufgefordert umgehend ein Konzept zur Lösung des Pflegekräftemangel vorzulegen, welche folgende Punkte beinhalten:

- Ein Pflegegesamtkonzept, das auf die aktuellen und kommenden Bedürfnisse und Bedarf in Niederösterreich eingeht
- eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte

- einen niederschweligen Zugang für Quereinsteiger_innen, Rückkehrer_innen und Wiedereinsteiger_innen in den Pflegebereich
- eine qualitative Verbesserung der Ausbildung sowie eine faire Entlohnung während dieser
- einen Fokus auf das Recruiting von Pflegekräften und Ärzt_innen mit Zusatzausbildung in der Geriatrie für die Pflegeeinrichtungen
- einen Fokus auf Präventionsangeboten, besonders im Bereich der Demenzerkrankung

2. Die Landesregierung, insbesondere die Landesrätin für Bildung, Familien und Soziales Mag.^a Christiane Teschl-Hofmeister wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit einem Konzept für die Finanzierung heranzutreten und diese sicherzustellen, sowie die Mehrkosten in den kommenden Jahren darzulegen, welche ein attraktives Berufsumfeld für Pflegekräfte möglich macht."